

# Und plötzlich hören ihr alle zu

**Portrait** Heidi Z'graggen beschert Bundesbern die spannendsten Bundesratswahlen seit langer Zeit. Ihre bisherige Laufbahn zeichnet sich durch viel Pragmatismus und wenig ideologische Härte aus.

Gregor Poletti und Philipp Loser

Niemand interessierte sich wirklich für Heidi Z'graggen, 52, Justizdirektorin aus dem Kanton Uri, Politologin mit einer Dissertation zum Thema «Professionalisierung von Parlamenten», Krimi-Leserin, historischen Romanen nicht abgeneigt, Skifahrerin, gern in den Bergen, ausgebildete Lehrerin, liiert mit dem Zürcher SVP-Politiker Bruno Dobler, (eine «Fernbeziehung» hat es die NZZ genannt) und seit vergangenem Freitag, nicht zu vergessen: Bundesratskandidatin für die CVP.

Und weil sich niemand so wirklich für Heidi Z'graggen interessierte, weil sich die Medienprofis und Politologen lieber auf den blossen Zuger Ständerat Peter Hegglin konzentrierten, als nach Altdorf zu fahren, ins Büro von Frau Z'graggen, oder an ihren Wohnort in Erstfeld, weil der Entscheid der CVP-Fraktion am Freitag so viele ausserhalb der CVP auf dem falschen Fuss erwischte, wird jetzt nachgeholt. Und wie!

Wer ist die Z'graggen? Wo steht sie politisch? Was macht sie? Was hat sie gemacht? Mit wem? Wie gross sind ihre Chancen neben Viola Amherd?

Ein politisches Leben im Schnell-durchlauf, auf allen Kanälen, überall gleichzeitig. In allen Sonntagszeitungen hat sie geredet, sie war im Radio und im Fernsehen und auch am Sonntag nimmt sie das Telefon ab. Entspannt und souverän. Sie tönt anders, als man das von den Menschen im Bundeshaus gewöhnt ist. Ungeschliffener Frischer.

Sie lasse sich nicht gern in eine Schublade pressen, in ein Links-rechts-Schema, sagt sie am Freitag, am Samstag und auch am Sonntag. Verhindern hat es sich trotzdem nicht lassen. In der gleichen furiosen Geschwindigkeit, in welcher die Medien über das Wochenende ihr Tiefenbetrachtungs-Versäumnis von Heidi Z'grag-

gen aufholten, schufen sie auch gleich ein neues Drehbuch für die Bundesratswahlen vom 5. Dezember. Wenn Peter Hegglin der Kandidat für die Rechten war, dann wird dieser Platz jetzt wohl zwangsläufig von der Urnerin übernommen werden müssen. «Z'graggen ist die Kandidatin der rechten Fraktionen», schrieb die «NZZ am Sonntag», im Indikativ.

## Flirten mit rechts

Und was macht das jetzt mit Z'graggen? Bandelt sie mit der SVP an? So wie es vor einem Jahr Ignazio Cassis getan hat? Was verspricht sie der FDP? Gibt sie sich jetzt weiter rechts, als sie ist?

Nach all den öffentlichen Äusserungen von Z'graggen im Verlauf der letzten 72 Stunden kann man sagen: Ja. Und auch Nein. Sie sagt durchaus Dinge, die einem SVPler und auch manch einem Freisinnigen ein Lächeln ins Gesicht zaubert. Den UNO-Migrationspakt beurteilt sie kritisch («nicht unterschriftswürdig»), beim Rahmenabkommen mit der EU macht sie einige Fragezeichen (die Unionsbürgergerichtlinie geht ihr zu weit), und auf die Frage des «St. Galler Tagblatts», ob sie weiter rechts stehe als Viola Amherd, sagt sie: «Ich gehe davon aus, dass ich mit meinem Profil eher zum rechten Flügel meiner Partei gehöre.» Und war da nicht noch die Geschichte, als sie, die Präsidentin der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission, den bürgerlichen Ständeräten dafür dankte, dass diese bürgerlichen Ständeräte ihre Kommission substanziell schwächen wollten?

Doch das ist nur ein Teil der Geschichte. Z'graggen mag zwar wirtschaftspolitisch weiter rechts stehen als ihre Konkurrentin Viola Amherd. In anderen Fragen sind sich die beiden aber sehr einig. Z'graggen befürwortet die Ehe für alle, und sie wird – trotz der Episode mit der Heimatschutzkommission – als Politikerin wahrgenommen, die grüne



Heidi Z'graggen: Niemand hatte sie auf der Rechnung. KEYSTONE

«Eine gute Lösung muss manchmal reifen. Ich bin da pragmatisch, aber ich bleibe dran.»

Heidi Z'graggen

Anliegen mit Vehemenz vertritt. Konservativ im Wortsinn: Bewahren der Schöpfung, der Heimat, der Landschaft. Das liege an der Prägung durch ihren Kanton, sagt Z'graggen. «Dass ich eine bewahrende und vorsichtige Seite habe, hat hier sicher seinen Ursprung.» Andererseits sei gerade der Kanton Uri als Transitzkanton schon von jeher offen gegenüber Neuem, und sie selber auch gegenüber dem städtischen Teil der Schweiz

aufgeschlossen. «Schliesslich habe ich in Bern und Genf studiert und ich habe viele Bekannte, die in Städten leben.»

Einerseits, andererseits. Mal rechts, mal links, mal bewahrend, mal eher weniger. Es ist wie so oft bei Regierungsrätinnen oder Regierungsräten, gerade aus kleineren Kantonen (und gerade von der CVP): Politik ist gut und recht. Aber zuerst muss gearbeitet werden. Pragmatismus vor Ideologie.

Das sagen auch jene, die sie schon seit Jahren beobachten – und nicht erst seit Freitag. «Sie kämpft für ihre Projekte, rhetorisch beschlagen und dossierfest», sagt Christoph Schillig, ehemaliger Landratspräsident und seit sechs Jahren für die Grünen im Urner Kantonsparlament. Engagiert sei sie, hartnäckig, stets gut informiert über die Dossiers der anderen Regierungsratskollegen, ihr strategisches Denken ziemlich ausgeprägt. Nicole Cathry, FDP-Landrätin, beschreibt Z'graggen als angenehm im Umgang, als gut vorbereitet und dossierfest: «Sie setzt sich jeweils mit Herzblut für ihre Geschäfte ein.» Zudem sei sie so erfahren als Regierungsrätin, dass sie auch spontan und ohne Rücksprache mit der Verwaltung auf Fragen im Landrat reagieren könne.

Zwei grosse Themen dominierten die Zeit von Z'graggen in der Urner Regierung. Ein negatives und ein positives. Zum einen: der Justizfall Ignaz Walker. Seit acht Jahren beschäftigen sich die Urner Justiz und das Bundesgericht mit dem mutmasslichen Mordauftrag durch einen Cabaret-Betreiber aus Erstfeld. Im Verlauf der verschiedenen Prozesse wurde immer wieder Kritik an den Urner Justizbehörden und auch an Z'graggen laut. Ein konkretes Fehlverhalten konnte man ihr aber nie nachweisen.

Auch ihr zweites grosses Thema als Regierungsrätin wurde kontrovers betrachtet: Z'graggen war die Wegbereiterin für das Tourismusresort des ägyptischen In-

vestors Samih Sawiris in Andermatt. Sie habe manchmal fast zu gut zu Sawiris geschaut, sagen Kritiker. An der Urner Fasnacht machten sich die Leute lustig darüber, wie verückt ihre Justizdirektorin auf den Bildern mit Sawiris wirkte. Fasnacht halt. Doch auch hier bleibt einer Mehrheit der Urnerinnen und Urner eher in Erinnerung, wie hartnäckig sich Z'graggen für das Resort einsetzte – und es zu einem erfolgreichen Abschluss brachte.

## Nur nicht beirren lassen

In ihrem Kanton sorgte die Bundesratskandidatur dennoch für Staunen. Wohlgesinnte nannten es mutig, andere nannten es frech. Und erinnerten daran, wie Z'graggen vor acht Jahren schon einmal nach Bern wollte, als Ständerätin. Und damals gegen den parteilosen Markus Stadler auch darum verlor, weil sie im Wahlkampf sagte, sie wolle bei einer Wahl in den Ständerat auch Regierungsrätin bleiben. Das war ähnlich unbedarft wie ihr kürzlich zu laut ausgesprochenes «Depp», von dem sie weiterhin behauptet, es sei ein «akustisches Missverständnis» gewesen. Sie lässt sich nicht beirren, sie macht das jetzt, und sie macht es genau so, wie sie das möchte. Wenn sie etwas in ihren 14 Jahren als Regierungsrätin gelernt habe, dann sei es das: «Nicht immer ist es klug, sofort alles zu wollen. Eine gute Lösung muss manchmal reifen. Ich bin da pragmatisch, aber ich bleibe dran.»

Ein interessanter Satz für eine, die seit Freitag so nahe am höchsten Amt in der Schweiz ist, wie es sich viele im Bundeshaus wünschen – und nie erleben werden. Übers Wochenende ist Z'graggen die Hotelliste von Bern durchgegangen, morgen wird sie mit ihren Urner Regierungskollegen schauen, wie sie die nächsten zweieinhalb Wochen für ihre Kampagne freigespielt werden kann. Die Sache ist ernst geworden. Die Leute hören ihr jetzt zu.

## Armeechef Rebord räumt Fehler ein

Spesen Armeechef Philippe Rebord hat sich für die überbordenden Spesenausgaben der Armeespitze entschuldigt. In der «Samstagsrundschau» von Radio SRF räumte er auch moralische Fehler ein.

Diese Kultur habe in der Armee seit Jahren existiert, und die externe Wirkung sei zu wenig hinterfragt worden, sagte Philippe Rebord weiter. «Strafrechtlich und disziplinarisch kann man uns nichts vorwerfen, aber moralisch schon», sagte Rebord. In der Armee hätten Traditionen und Bräuche vorgeherrscht, die nicht mehr zeitgemäss gewesen seien.

«Aus heutiger Sicht komme ich selbstkritisch zum Schluss, dass bei uns in der Armeespitze moralische Fehler gemacht wurden», sagte der Armeechef. Das müsse er zugeben. Er habe selber nicht genügend Abstand gehabt: «Ich möchte mich bei allen Menschen in der Schweiz entschuldigen, die zurecht erwarten, dass wir mit Steuergeldern sorgsam umgehen», sagte Rebord.

Jetzt sei ein Kulturwandel notwendig. Der Chef des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) habe dieses Umdenken bereits angeordnet. Er werde selber alles daran setzen, dass das neue Spesenreglement einen Kulturwandel auslösen werde. *sda*

## Volk soll mehr mitreden können

**Staatsverträge** Die Parteien sind sich in der Frage uneins, ob das Volk bei Staatsverträgen mehr Mitsprache erhalten soll. SVP, FDP, CVP und Grünliberale sind für das obligatorische Referendum für völkerrechtliche Verträge, die SP möchte lieber nur ein fakultatives Referendum.

Das Volk soll immer abstimmen können über völkerrechtliche Verträge, deren Umsetzung eine Änderung der Bundesverfassung nötig machen. Der Grundsatz gilt zwar schon heute, soll aber nach Ansicht des Parlaments ausdrücklich in der Bundesverfassung verankert werden. Der Bundesrat hatte Mitte August die Vernehmlassung zu dieser Verfassungsänderung eröffnet, die Eingabefrist ist am vergangenen Freitag abgelaufen. Die Vorlage geht auf eine Motion von FDP-Ständerat Andrea Caroni zurück. Die Landesregierung rechnet höchstens mit einer geringen Zunahme von Abstimmungsvorlagen aufgrund der vorgeschlagenen Änderung. Zusätzliche Abstimmungstermine dürften nicht nötig sein.

Die Parteien, die hinter der Verankerung in der Verfassung stehen – SVP, FDP, CVP und Grünliberale –, versprechen sich von ihr eine Stärkung der direkten Demokratie. In der aktuellen Form keine Unterstützung erhält der Vorschlag des Bundesrats von der

SP. Sie schlägt die Verankerung des fakultativen Referendums für sämtliche Staatsverträge vor.

Bisher hat sich noch nie die Frage gestellt, bei wem die Kompetenz zur Aufkündigung internationaler Verträge liegt, weil bisher noch keiner aufgekündigt wurde beziehungsweise werden musste. Volksinitiativen wie jene der SVP zur Zuwanderung oder Ecopop haben die Problematik in jüngster Zeit aber neu lanciert.

Bei beiden Vorlagen hat sich letztlich die Frage einer Aufkündigung dann doch nicht gestellt. Aber der Geist ist aus der Flasche und das Problem könnte sich den Volksinitiativen «gegen die fremden Richter» oder der «Begrenzungsinitiative» wieder aufdrängen. Diese fordert vom Bundesrat die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) mit der EU.

Die FDP will nun, dass im Sinne des Parallelismus das Stimmvolk auch für die Kündigung zuständig sein soll, wenn es doch bereits die Genehmigung abgesegnet hat. Die Landesregierung hatte eine Anpassung der Verfassung im Rahmen eines direkten Gegenvorschlags zur Initiative «Staatsverträge vors Volk» der Aktion auf eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) schon einmal vorgeschlagen. Das Parlament wollte das aber nicht. Das Stimmvolk lehnte die Initiative 2012 ohne Gegenvorschlag ab. *sda*

Reklame

ENERGIEEFFIZIENZ **A**

ab CHF  
**39'900.-\***

## MITSUBISHI OUTLANDER PHEV

**Jetzt Probe fahren!**

**Emil Frey AG**  
 Autocenter Brüggmoos  
 Römerstrasse 11, 2555 Brügg  
 032 374 33 33, www.emil-frey.ch/biel

**GARAGE MÖRI LYSS AG**  
 www.garagemori.ch  
 AARBERGSTRASSE 85 3250 LYSS  
 TEL.: 032 394 58 10

5 Jahre Garantie

8 Jahre Batteriegarantie

70%\*

**MITSUBISHI MOTORS**

\*PHEV Value 4x4, 203 PS, CHF 39'900.- inkl. MWST. Abb. PHEV Diamond 4x4, 203 PS, CHF 52'900.- inkl. Bonus und MWST, NEDC Labor Norm-Energieverbrauch Strom 13.4 kWh/100 km (Benzinäquivalent 3.3/100 km), NEDC Labor Normverbrauch Benzin bei voller Batterie (67% Elektro, 33% Benzin) 1,7/100 km, CO<sub>2</sub> 41 g/km, Kat. A, Hybrid-Normverbrauch bei leerer Batterie 5,0/100 km, CO<sub>2</sub>-Durchschnitt aller verkauften Neuwagen CH: 133 g/km. 54 km rein elektrische Reichweite oder bis zu 800 km Gesamtreichweite (unter optimalen Fahrbedingungen).